Liberales Bürger-Forum / DIE GRÜNEN

Fraktion im Stadtrat Dessau-Roßlau

Guido Fackiner
Fraktionsvorsitzender**Conny Bläsing**
BüroleiterFerdinand-von-Schill-Straße 37
06844 Dessau-RoßlauTelefon: 0340 - 220 62 71
Telefax: 0340 - 516 89 81
fraktion@dessau-alternativ.de
www.buergerliste-gruene.deIBAN:
DE29-8005-3572-0036-0060-14
Stadtsparkasse Dessau-Roßlau

Liberales Bürger-Forum / DIE GRÜNEN Ferd.-v.-Schill-Str. 37 06844 Dessau-Roßlau

Stadt Dessau-Roßlau
Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung
Herr HantuschZerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau

18. September 2014

Kompensationsmaßnahmen B-Plan 62

Sehr geehrter Herr Hantusch,

getreu unserer Verpflichtung, Schaden von der Stadt Dessau-Roßlau und ihren Bürgern abzuwenden, bitten wir Sie, in Ihrer Funktion als Beigeordneter folgende Rechtsverstöße und unweigerlich eintretende Verbotstatbestände, die sich aus der möglichen Nichteinhaltung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße" und seines Durchführungsvertrages ergäben, auszuschließen:

Verbotstatbestände (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) durch mangelhafte Habitataufwertung

Durch die Neuanlage von „sanddurchmischten Steinriegeln“ sowie Totholz-/Holzhäckselhaufen auf der vorgesehenen Fläche von insgesamt 3.500 qm als CEF-Maßnahme sollen Strukturen geschaffen werden, um die Fläche zu einem Optimalhabitat aufzuwerten.

Gemäß der Maßnahme V5CEF muss die Strukturaufwertung in vollem Umfang bis spätestens zum 31.03.2014 (egal welchen Jahres) erfolgen, bevor mit dem Bau von Photovoltaikanlagen begonnen wird.

Zudem sollen die Maßnahmen durch eine „Umweltbaubegleitung“ (ökologische Baubegleitung) überwacht werden.

Die bisher ausgeführten Maßnahmen, erneut bei einer Begehung am 4.09.2014 in Augenschein genommen (s.a. Fotos), entsprechen offensichtlich in keiner Weise den auszuführenden Maßnahmen der Bebauungsplanunterlagen. Die tatsächlich ausgeführten Maßnahmen sind nicht geeignet, Verbotstatbestände auszuschließen. Von den sogenannten „sanddurchmischten Steinriegeln“, die eher wie „steindurchmischte Sandriegel“ anmuten, ist kaum noch etwas frei von Bewuchs, geschweige denn zu erkennen. Die sogenannten Totholz-/Holzhäckselhaufen gleichen Reisighaufen und sind auch für Laien als nicht Totholzhaufen entsprechend erkennbar.

Die Maßnahmen sind so auszuführen, dass sie den Bebauungsplanunterlagen und den aktuellen fachlichen Standards zum Amphibienschutz entsprechen, um Rechtssicherheit für unsere Stadt und den Vorhabenträger zu gewährleisten.

Wir bitten Sie in diesem Sinne, die wertvollen Hinweise der anerkannten Naturschutzverbände, die über umfangreiche Kenntnisse zu den fachlichen Standards verfügen, an- und aufzunehmen.

Rechtsverstöße durch unzureichende Ausführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Offenbar hat sich durch die Änderung der Modulgrößen und niedrige Überdeckung des Bodens in der Bilanz ein Defizit von ca. 240.000 Punkten in Hinblick auf notwendige Ausgleichsmaßnahmen ergeben. Wir haben gehört, dass diese Wertpunkte lediglich mit der (sicher wünschenswerten) Pflege von ca. 30 Kopfweiden ausgeglichen werden sollen. Bitte stellen Sie sicher, dass der Ausgleich und Ersatz rechtskonform und in vollem Umfang erfolgt sowie den fachlichen Standards entspricht. Rechtskonform wäre in dem Zusammenhang auch, darauf zu achten, dass nur das vorgeschriebene Bewertungsmodell des Landes Sachsen-Anhalt zu Bilanzierung von Eingriffen in Natur und Landschaft Verwendung finden darf.

Potenziale für zukünftige Rechtsverstöße

Wir bitten Sie ferner, ein Kataster brachliegender (potenzieller) Gewerbeflächen anzulegen, das ausweist, welchen naturschutzfachlichen Wert diese Flächen aufweisen und welche naturschutzrechtlichen Verbotstatbestände bei einer Aktivierung möglich sind. Diese Informationen müssen dann den Eigentümern der entsprechenden Gewerbeflächen zugeleitet werden, um eigentümerseitigen Rechtsverstößen frühzeitig zu begegnen bzw. Planungssicherheit zu erlangen.

Bitte geben Sie uns schriftlich darüber Auskunft, welche Maßnahmen Sie zu ergreifen gewillt sind oder vielleicht schon ergriffen haben, um die genannten Verbotstatbestände für den B-Plan Nr. 62 und für zukünftige Vorhaben auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Meier

Mitglied im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Anlagen:

Fotodokumentation im Anhang der eMail